

11-09-2005 15:15

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Van der Bellen, Brosz, Grünewald, Glawischnig-Piesczek,  
Freundinnen und Freunde

### **betreffend Maßnahmenpaket gegen die Bildungs-Misere**

eingbracht im Zuge der Debatte über die dringliche Anfrage zur Bildungs-Misere

### **Begründung**

Die internationalen Vergleichszahlen stellen Österreich ein negatives Zeugnis in wesentlichen bildungspolitischen Belangen aus.

Erstens sinken die öffentlichen Bildungsausgaben gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Österreich kontinuierlich. Wurden 1997 noch 6,0 Prozent des BIP für Bildung ausgegeben, waren es 2002 (die Studie des Jahres 2005 erfasst die Entwicklung nur bis zum Jahr 2002) nur mehr 5,4 Prozent. Der Durchschnittswert betrug in den OECD-Staaten sowohl 1997 als auch 2002 5,1 Prozent des BIP. Damit liegt Österreich, das über viele Jahre einen Spitzenplatz bei den Bildungsausgaben innehatte, nur mehr knapp über dem OECD-Schnitt. Berücksichtigt man, dass die massivsten Einsparungen erst nach dem Jahr 2002 stattgefunden haben, ist davon auszugehen, dass Österreich im Jahr 2005 im OECD-Vergleich bereits unterdurchschnittliche Bildungsausgaben aufweist. Die aktuelle OECD-Studie zeigt außerdem, dass Österreich von 1995 bis 2002 nach Irland den größten Rückgang bei den Bildungsausgaben aufweist.

Zweitens haben wir es in Österreich mit einer bedrohlichen Anzahl von sogenannten RisikoschülerInnen zu tun. JedeR Fünfte, also 20% der 15jährigen SchülerInnen, weisen derartige Defizite im Sprachbereich auf, dass sie in ihrer zukünftigen Teilhabe am gesellschaftlichen und beruflichen Leben gefährdet sind. Im PISA-Siegerland Finnland sind dies nur 6 Prozent. Trotzdem hat die Bildungsministerin bisher kein Bekenntnis dazu gezeigt, diese Differenz von 14 Prozent auszugleichen.

Drittens droht in den nächsten Jahren eine LehrerInnen-Massenarbeitslosigkeit im Ausmaß von bis zu 12.500 Stellen. Das entspricht der Summe der derzeitigen LehrerInnen-Zahl in der Steiermark und im Burgenland gemeinsam.

Viertens liegen sowohl die Anzahl der Studierenden als auch die AkademikerInnenquote in Österreich weit unter dem OECD-Schnitt. In keinem dieser Bereiche hat sich Österreich innerhalb des für die OECD relevanten Untersuchungszeitraumes steigern können. Das ist ein bildungspolitisches Armutszeugnis. Die AkademikerInnenquote in Österreich ist mit 15 % im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich; der OECD-Durchschnitt beträgt 24 %. In den USA, in Japan, Finnland, Schweden und Australien liegt die AkademikerInnenquote über 30 %, in Kanada sogar bei 44 %.

Die OECD-Kennzahlen belegen fünftens, dass die Hochschulzugangsquote, also die Übertrittsraten von MaturantInnen in den tertiären Bildungssektor, in Österreich geringer ist als in vergleichbaren Staaten. So hat Österreich eine Hochschulzugangsquote von lediglich 35 %, während im OECD-Ländermittel 53 % eines Maturajahrganges an einer Universität oder FH studieren. In Island, Neuseeland, Schweden, Finnland und Polen sind es sogar über 70 %. Kurz: In der OECD studiert jeder zweite, in Österreich nur jeder Dritte.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

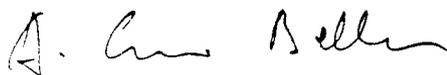
## **ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:**

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

Die Bundesregierung und insbesondere die Bundesministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur wird aufgefordert

- endlich dafür Sorge zu tragen, dass eine bildungspolitische Schwerpunktsetzung in budgetärer Hinsicht erkennbar wird, damit Österreich nicht zu einem Nachzügler im internationalen Vergleich wird, indem die Bildungsausgaben gemessen am Gesamtbudget deutlich angehoben werden
- den SchülerInnenrückgang in den kommenden Jahren für eine Qualitätsverbesserung im Schulsystem zu nutzen, anstatt die Anzahl an LehrerInnen - Dienstposten einzusparen
- die Zahl der PflichtschullehrerInnen trotz rückgehender SchülerInnenzahlen nicht zu kürzen, bis ein Kontingent von 10 % an FörderlehrerInnen erreicht ist.
- dem Nationalrat ein Maßnahmenpaket gegen die drohende Massenarbeitslosigkeit der LehrerInnen vorzulegen
- wirksame Maßnahmen zu setzen, um den im internationalen Vergleich sehr hohen 20%igen Anteil an sogenannten „RisikoschülerInnen“ deutlich zu reduzieren

- den Anteil der FörderlehrerInnen, muttersprachlicher LehrerInnen, StützlehrerInnen, IntegrationslehrerInnen, LegastenielehrerInnen und PsychagogInnen massiv auszubauen.
- die Anzahl an Studienplätzen von 200.000 auf 300.000 zu erhöhen und die dafür erforderlichen Budgetmittel zur Verfügung zu stellen
- Maßnahmen zu setzen, um die Hochschulübertrittsquote auf OECD-Niveau anzuheben
- Maßnahmen zu setzen, um die AkademikerInnenquote auf OECD-Niveau anzuheben
- Maßnahmen zu setzen, um das Betreuungsverhältnis an den Universitäten auf OECD-Niveau anzuheben
- Maßnahmen gegen die hohe soziale Selektion Studierender an den Universitäten zu setzen
- die bereits im Juni 2001 versprochenen 500 „Vorziehprofessuren“ zu besetzen
- dafür Sorge zu tragen, dass es nicht durch Zulassungsbeschränkungen zu einer Reduktion der Anzahl österreichischer Studierender kommt



A. Am Bellen



Handwritten signature